



# EINLADUNG ZUM FACHPODIUM

*Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Erstmals seit Beginn der 2000er ist die Anzahl an Autokratien höher als die Anzahl an Demokratien. Auch in der EU gibt es zunehmende Herausforderungen für die Demokratie, wie Einschränkungen von bürgerlichen und politischen Freiheiten, die in einzelnen Mitgliedstaaten zu beobachten sind.*

*Sie sind zu einer Fachpodiumsdiskussion eingeladen, in der Sie über diese Entwicklungen debattieren: Droht angesichts der Entwicklungen wie beispielsweise in Polen, Ungarn und Schweden ein Jahrhundert der Autokratien? Was können wir zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten beitragen?*

Name: **Davidavic**

Rolle: **Politikwissenschaftler\*in bei Freedom House**

## Rollenbeschreibung

Sie sind Politikwissenschaftler\*in und arbeiten in der Nichtregierungsorganisation Freedom House. Ihrer Auffassung nach steckt die Demokratie weltweit in ihrer ernsthaftesten Krise seit Jahrzehnten. Freie und faire Wahlen, Minderheitenrechte, Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit sind bedroht wie die Statistiken Ihrer Organisation belegen.

Sie sehen eine doppelte Problemlage: Innerhalb demokratischer Staaten erstarken populistische Anführer\*innen und deren Parteien, welche durch nationalistische und gegen Migration gerichtete Meinungsmache für autoritäre Politik eintreten. Auf globaler Ebene betrachtet, benennt Ihre Organisation China und Russland eindeutig als die führenden Autokratien, deren Regierungsmodell Sie als gefährliches Vorbild für andere Länder einstufen.

## Freedom House

Freedom House ist eine Nichtregierungsorganisation, die seit 1973 jährlich den weltweiten Freiheitsgrad der Menschen bewertet. Ihr Messverfahren orientiert sich dabei an den bürgerlichen und politischen Rechten, die in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 verankert sind. Sie erstellt Statistiken, in denen die Verwirklichung jener Rechte gemessen wird.

Wichtige politische Rechte sind hier beispielsweise freie und gleiche Wahlen, Partizipationsrechte oder die Möglichkeit zu politischem Pluralismus, das heißt die Anerkennung unterschiedlicher politischer Ansichten. Zu den bürgerlichen Freiheiten zählen z.B. die Achtung der Meinungs- und Glaubensfreiheit, der Pressefreiheit und der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.



## Ukraine - Krieg

18.03.2014: russische Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim  
24.02.2022: russische Invasion in der Ukraine

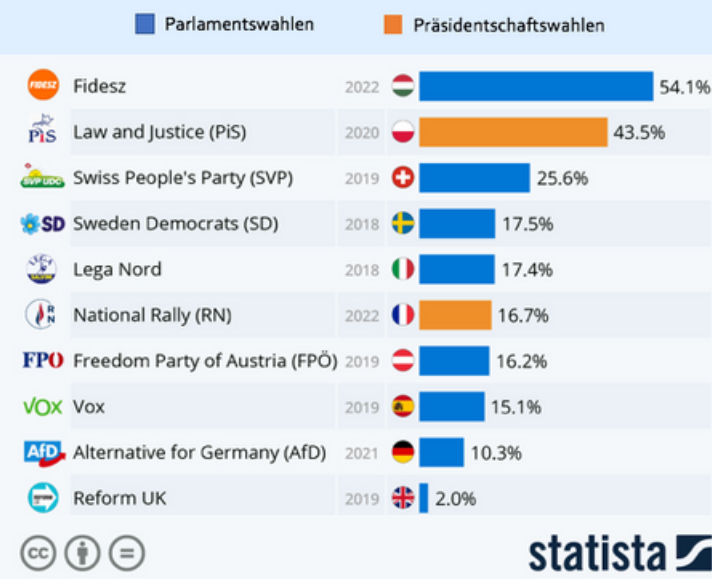
März 2022:

- Verbot der Nutzung von Begriffen wie „Angriff“, „Invasion“ und „Kriegserklärung“ in russischer Berichterstattung über den Krieg
  - Stattdessen: Nutzung des Begriffs „Spezialoperation“
- Verabschiedung von Gesetzen zur Einschränkung der freien Meinungsäußerung in Russland
  - Bis zu 15 Jahre Haftstrafe für Verbreitung angeblicher „Falschinformationen“ über russische Streitkräfte
  - Sperrung von Facebook und Twitter
- Stopp der Berichterstattung vieler großer ausländischer Nachrichtenagenturen (z.B. BBC, CBC/Radio-Canada, EFE, Deutsche Welle)



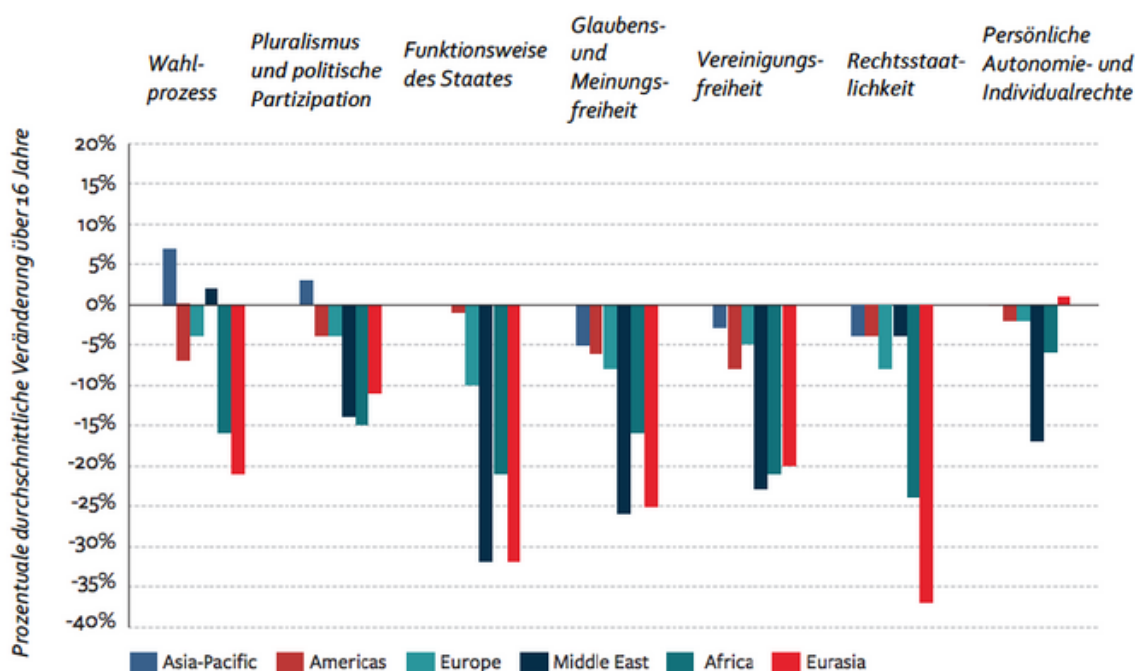
## Die größten Erfolge rechtspopulistischer Parteien in Europa

Ergebnisse rechtspopulistischer Parteien in nationalen Wahlen der vergangenen Jahre aus ausgewählten europäischen Ländern



## Populismus in der Welt

Beim Blick auf die gegenwärtige politische Lage in der Welt sind Sie besorgt. In immer mehr Staaten werden populistische Anführer\*innen gewählt. Erst im letzten Jahr wurden z.B. in Schweden und Italien Regierungen gewählt, an welchen rechts(-radikale) Parteien beteiligt sind. In Schweden wird die Regierung seit 2022 aus den Parteien des rechten Lagers gebildet (Moderate, Liberale, Christdemokraten) und im Parlament durch die ultrarechten Schwedendemokraten (zweitstärkste Partei mit 20,54 %) unterstützt. In Italien erhielt die Partei Fratelli d'Italia mit 25,99% die meisten Stimmen und stellt in einem rechten Bündnis zusammen mit der Lega und der Forza Italia die Regierung Italiens.



## Situation in Russland und China

Zwei Staaten fallen in Ihrer Statistik seit einigen Jahren besonders auf: Russland und China. Insbesondere grundlegende bürgerliche Rechte wie die Meinungs- und Pressefreiheit sowie der freie Zugang zu Informationen sind dort massiv bedroht.

Mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine blockierte der russische Staat bedeutende Social Media Plattformen, verschärfte die Pressezensur und schränkte den Zugang zu über 5000 Webseiten, die den Krieg wahrheitsgemäß abbilden, ein.

Mit der Wiederwahl von Xi Jinping in 2021 verschärfte die regierende Partei in China ihre Kontrolle über die Medien, Universitäten, Unternehmen oder auch Organisationen der Zivilgesellschaft. Regierungskritische Äußerungen, zum Beispiel gegen die Covid-19 Politik des Landes, werden mit hohen Strafen geahndet.